

A-2

Titel	Gestaltende Industrie- und Wirtschaftspolitik als sozial-ökologische Wende 2.0	
AntragstellerInnen	AK Wirtschaft, Arbeit und Soziales, AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	
Zur Weiterleitung an		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Gestaltende Industrie- und Wirtschaftspolitik als sozial-ökologische Wende 2.0

- 1 Forderungen:
- 2 Die großen Herausforderungen unserer Generation: Klimawandel, Digitalisierung und zunehmende soziale
- 3 Ungerechtigkeit stellen uns vor große Aufgaben aber auch vor die einzigartige Möglichkeit zu gestalten. Um
- 4 diesen Herausforderungen begegnen zu können, ist auch ein neuer Ansatz in der Industrie und Wirtschafts-
- 5 politik notwendig. Wir fordern daher gestaltende Reformen in den Bereichen: Schwerindustrie, Energiepolitik,
- 6 Handelspolitik sowie begleitende sozial- und bildungspolitische Maßnahmen im Rahmen der anstehenden
- 7 Transformation.
- 8 Konkret fordern wir eine jährliche Investition von 60 Mrd. Euro bis zum Erreichen der Klimaneutralität, be-
- 9 darfsgerecht und durch Expertengremien auf die folgenden Sektoren verteilt:
- 10 Industriepolitik:
- 11 • Schaffung und Förderung von Kooperationsprojekten zum Zweck der Dekarbonisierung von Industriepro-
- 12 zessen mit einer entsprechenden Lockerung des Kartellrechts, solange die Forschungsergebnisse in Form von
- 13 Open Source Projekten zur Verfügung gestellt werden
- 14 • Förderung und strategischer Erhalt von Wertschöpfungsketten auf nationaler und europäischer Ebe-
- 15 ne
- 16 • finanzielle Subvention klimafreundlicher Alternativen, bis diese wirtschaftlich sind
- 17 • Förderung von Branchen, die für eine ökologische Energie- und Verkehrswende notwendig sind. Dazu zählen:
- 18 Power-to-X-Technologien, Kraft-Wärme-Kopplung, Wind- und Solarenergie, Geothermie, Kreislaufwirtschafts-
- 19 und Recycling-Anwendungen, Umwelttechnik, Batterietechnologie, Speichertechnologie Gasturbinen, aber
- 20 auch vor- und nachgegliederte Industriezweige wie z.B. Stahlindustrie, Steuerungs- und Automatisierungs-
- 21 technik, Informationstechnologieetc.
- 22 Energiepolitik – ein Green-Deal für die Bundesrepublik:
- 23 • massive staatliche Investitionen in:
- 24 • den Aufbau einer dezentralen Energieversorgung
- 25 • den subventionierten Ausbau von nachhaltigen Energieerzeugern (Wind, Solar, Geothermie und Biomasse)
- 26 se)
- 27 • den Ausbau von Energiespeicherstrukturen
- 28 • die Förderung von Energieerzeugungsgenossenschaften

- 29 • die Rekommunalisierung von Energie- und Wärmeinfrastruktur
- 30 • Förderprogramme zur Digitalisierung von Energienetzen
- 31 • den bedarfsgerechten Ausbau von Energie- und Wärmeinfrastruktur
- 32 • die Förderung großer Batterieanlagen oder moderner Gaskraftwerke zur Versorgung industrieller Hotspots
33 mit Energie aus erneuerbaren Energieträgern
- 34 • Projekte zum Kreislaufschluss (lokale Biomassezentren etc.)
- 35 • die Forschung zu klimafreundlichen Ersatzbaustoffen
- 36 • Forschungsprojekte und Ansiedlungen für Recyclingverfahren für seltene Erden, die über den Technikums-
37 maßstab hinausgehen (Bioleeching etc.)
- 38 • Die Förderung interdisziplinärer Studienangebote im Bereich Sustainable Economy, MINT, Transformations-
39 wissenschaften
- 40 Handelspolitik:
- 41 • die Möglichkeit zum Einsetzen tarifärer Handelshemmnisse zum Schutz hoher Umwelt- und Arbeitsstandards
42 im europäischen Binnenmarkt
- 43 • Künftige Handelsabkommen müssen vorrangig unter den Aspekten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit
44 verhandelt werden.
- 45 • die Evaluierung bestehender Handelsabkommen unter den Aspekten sozialer und ökologischer Nachhaltig-
46 keit
- 47 Begleitende Maßnahmen:
- 48 • die Einrichtung von Strukturentwicklungsfonds, um kurzfristige negative strukturelle Folgen einer ökologi-
49 schen Transformation in den betreffenden Regionen zu minimieren und Investitionen in Infrastruktur zu er-
50 möglichen
- 51 • Transformationsgeld für die Beschäftigten in den vom Strukturwandel betroffenen Branchen, um Fort- und
52 Weiterbildungsmaßnahmen zu ermöglichen ohne die Lebensstandards der betroffenen Familien für die Dauer
53 der Maßnahme zu reduzieren
- 54 • Finanzmittel zur Schaffung von Transfergesellschaften, in denen betroffene Arbeitnehmer*innen bei voller
55 Lohnfortzahlung qualifiziert und vermittelt werden
- 56 Analyse:
- 57 Die Klimakrise und die damit verbundene Notwendigkeit einer ökologischen Transformation der Wirtschaft
58 birgt Risiko und Chance zugleich. Eine mutlos lavierende Industriepolitik verspielt die sich auftuenden Chancen
59 auf einen innovativen, sozialen und nachhaltigen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft.
- 60 Diese Chancen zu nutzen erfordert jedoch ein hohes Maß an Investitionsbereitschaft und einen Bruch mit
61 den Dogmen der schwarzen Null und einer zurückhaltenden, minimalinvasiven Industriepolitik. Nur die Be-
62 reitschaft des Staates zum Erreichen eines Ziels, Schulden aufzunehmen und die finanziellen Mittel gestaltend
63 einzusetzen, kann eine durch einen hohen Außenhandelsüberschuss und niedrige Produktivitätssteigerungen
64 stagnierende Volkswirtschaft wieder in Gang bringen und das notwendige Momentum schaffen, um Ökono-
65 mie und Ökologie zu vereinen und die Tür für weitere gesellschaftliche Reformen zu öffnen. Ein derartiger
66 industrie- und wirtschaftspolitischer Aufbruch muss Perspektiven aufzeigen, Ängste nehmen und Regelungen
67 für den notwendigen Übergang schaffen. Nur so lassen sich gesellschaftliche Mehrheiten für die anstehenden
68 Herausforderungen gewinnen und festigen.
- 69 Dies kann nur gelingen, wenn konsequent in Zukunftstechnologien und deren Wirtschaftlichkeit investiert
70 wird, zur Not auch mit Subventionen. Gleichzeitig müssen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden,
71 um konjunkturelle Impulse in den Bereichen erneuerbare Energien, Energiespeicher und klimafreundliche Er-
72 satzwerkstoffe zu setzen.

73 Einhergehend mit den konjunkturellen Impulsen müssen auch an Hochschulen, Fachhochschulen und Berufs-
74 akademien entsprechende Forschungs- und Ausbildungsprogramme forciert und finanziert werden, um der
75 daraus entstehenden hohen Nachfrage an Fachkräften in diesen Sektoren und in der Vernetzung dieser Sek-
76 toren begegnen zu können.

77 Ebenso gilt es, bereits beschäftigte Arbeitnehmer*innen, deren Arbeitsplätze in entsprechender Form vor
78 möglichen Veränderungen stehen, mitzunehmen. Hierzu müssen Möglichkeiten zur proaktiven Weiterqualifi-
79 zierung, aber auch soziale Sicherungsmaßnahmen bei etwaigen Strukturbrüchen geschaffen werden.

80 Einige Regionen sind durch ihre industrielle Prägung besonders stark von industriellem Strukturwandel
81 betroffen. Hier können Investitionen in Infrastruktur, zunächst durch die Schaffung und später durch die
82 Instandhaltung dieser, negative Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahlen abfedern. Weiterhin können
83 Investitionen in Infrastruktur gepaart mit einigen gezielten Ansiedlungen in einem regional abgestimmten
84 stimmigen Gesamtkonzept eine Initialzündung für eine nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung darstel-
85 len.

86

87 **Begründung**

88 Erfolgt mündlich.